

13.1 Angaben zum Betriebsgrundstück und zur Wasserversorgung sowie zu Natur, Landschaft und Bodenschutz

1. Betriebsgrundstück:	vorhanden	zukünftig
1.1 Gesamtgröße	510.000	m ²
1.2 Überbaute Fläche:	161.583	m ²
1.3 Befestigte Verkehrsfläche:		m ²

Sind Sie Eigentümer ☒ oder Nutzungsberechtigter ☐ des Betriebsgrundstückes?

2. Liegt das Betriebsgrundstück

- ☐ im Bereich eines gültigen Bebauungsplanes, § 8 ff BauGB
- ☒ innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles, für den kein Bebauungsplan aufgestellt ist, § 34 BauGB
- ☐ im Außenbereich, § 35 BauGB

3. Derzeitige Nutzung der Vorhabensfläche

- ☐ Wiese/Weide
- ☐ Acker
- ☐ Ackerbrache
- ☐ Forst- und Fischereiwirtschaft
- ☐ Ruderalfläche/brachliegende Rohbodenfläche natürlichen oder menschlichen Ursprungs
- ☒ Industriegebiet
- ☐ Gewerbegebiet
- ☐ Siedlungsgebiet
- ☐ Landwirtschaftliche Betriebsfläche
- ☐ Öffentliche Nutzung (z. B. Verkehr, Ver- und Entsorgung):
- ☐ Sonstige Nutzung:

4. Vegetation auf der Vorhabensfläche

- ☐ Dem Typ nach eher trocken
- ☐ Dem Typ nach eher feucht
- ☐ Geschlossener Baumbestand
- ☒ trifft nicht zu

5. Bodenart mit Grundwasserstand auf der Vorhabensfläche

- ☒ Sandboden
- ☒ Lehm Boden
- ☐ Moorboden
- Grundwasserflurabstand: 30 m

6. Wasserversorgung des Betriebes/der Anlage

- ☒ öffentliches Netz
- ☒ Selbstversorger aus
- ☐ Grundwasser
- ☒ Oberflächenwasser
- Wasserrechtliche Zulassung vorhanden
- ☐ Nein

☒ Ja
erteilt am: 04.07.2018
durch: Untere Wasserbehörde Seelow
Aktenzeichen: AZ.32.42.10/Rd-18-001

7. Angaben zur früheren Nutzung, durch die Altlasten oder sonstige Boden- oder Grundwasserveränderungen entstanden sein könnten:

8. Ist das Grundstück im Altlasten- und Bodenschutzkataster (-verzeichnis) des Landes aufgeführt?

- ☒ Nein
☐ Ja
☐ teilweise
Erläuterung:

9. Bestehen auf Grund der Vornutzung Anhaltspunkte dafür, dass eine Altlast im Sinne des § 2 (5) BBodSchG oder schädliche Bodenveränderungen vorliegen?

- ☒ Nein
☐ Ja
falls ja
☐ Eine Gefährdungsabschätzung fehlt, wird aber vom Antragsteller bereits durchgeführt / ist in Auftrag gegeben.
☐ Eine Gefährdungsabschätzung hat aus dem beigefügten/nachzureichenden Gutachten Gefährdungen für die Umwelt aufgezeigt.

10. Qualitätskriterien (Reichtum, Qualität, Regenerationsfähigkeit)

Liegen in Bezug auf die nachfolgenden Schutzgüter besondere Merkmale im Einwirkungsbereich der Anlage vor? Zutreffendes bitte ankreuzen und erläutern.

- ☐ Wasser:
☐ Boden:
☐ Natur und Landschaft:

11. Schutzkriterien (Belastbarkeit der Schutzgüter)

Sind folgende Gebiete oder Objekte im Einwirkungsbereich der Anlage vorhanden?

- ☒ Europ. Vogelschutzgebiete nach § 7 (1) Nr. 7 BNatSchG
☒ Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG
☐ Nationalparke, Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG
☐ Biosphärenreservate nach § 25 BNatSchG
☒ Biotope nach § 30 BNatSchG
☒ Landschaftsschutzgebiete nach § 26 BNatSchG
☐ Geschützte Landschaftsbestandteile nach § 29 BNatSchG
☒ Natura 2000 Gebiete § 32 BNatSchG
☒ Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG
☒ Wasserschutzgebiete (§ 51 WHG), Heilquellenschutzgebiete (§ 53 WHG), Risikogebiete (§ 73 WHG) und Überschwemmungsgebiete (§ 76 WHG)
☐ Gebiete, in denen die in Gemeinschaftsvorschriften festgelegten Umweltqualitätsnormen nach EG-Luftqualitätsrichtlinie bereits überschritten sind
- Grenzwerte nach EG-Luftqualitätsrichtlinie
- Messwerte für das Beurteilungsgebiet oder vergleichbare Gebiete
☐ Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte (§ 2 (2) Nr. 2 und 5 des ROG)
☐ Denkmale oder Gebiete, die als archäologisch bedeutende Landschaft eingestuft sind
☐ Sonstige Schutzkriterien

12. Liegt eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung oder Befreiung vor?

☒

Nein

☐

Ja

Erläuterung:

13.2 Vorprüfung nach § 34 BNatSchG - Allgemeine Angaben

1. Allgemeine Angaben

1.1. Bezeichnung des Vorhabens:

Das geplante Vorhaben hat vornehmlich das Ziel am Standort Rüdersdorf den Einsatz von Konverterschlacke als Zuschlagstoff für die Zementherstellung einzusetzen.

Hierfür muss eine Umwidmung der Rohstofflagerhalle BE 1.2 erfolgen, um in dieser Abfälle annehmen / lagern zu dürfen. Weiterhin muss eine Umwidmung der Rohmühlen BE 1.3 erfolgen, um dort eine Behandlung von Abfällen zu ermöglichen

1.2. Lage des Vorhabens?

☒ außerhalb von Natura 2000-Gebieten

☐ innerhalb eines oder mehrerer Natura 2000-Gebiete

☐ Rohrleitung innerhalb der Gebiete oder diese querend

☐ Freileitung innerhalb der Gebiete oder diese querend

1.3. Möglicherweise vom Vorhaben betroffene Natura 2000-Gebiete:

	Gebietsnummer	Gebietsname	Melddatum	Erhaltungsziele	Entfernung zum Vorhaben
1.3.1.	DE 3048-305	Fledermausquartier Rüdersdorf	Februar 2003	Sicherung eines Winterquartiers	1,5 km
1.3.2.	DE 3449-301	Herrensee, Lange-Damm-Wiesen und Barnimhänge		Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der natürlichen Lebensraumtypen oder Tier- und Pflanzenarten	1,7 km
1.3.3.	DE 3448-302	Fredersdorfer Mühlenfließ, Breites und Krummes Luch	März 2000	Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der natürlichen Lebensraumtypen oder Tier- und Pflanzenarten	5,4 km

Füllen Sie bitte für jedes Gebiet das Formular 13.3 aus.

13.4 Formular zum Ausgangszustandsbericht für Anlagen nach der IE-RL

Stoffbeschreibung					Stoff- und Mengenrelevanz (gemäß § 3 (10) BImSchG)						Einsatz und Lagerung			Teilbereiche (§ 4a (4) Satz 4 9. BImSchV)			Relevanz	
Lfd. Nr.	Art des Stoffes	Bezeichnung des Stoffs / Verwendungszweck des Stoffs	CAS-Nr.	Aggregats- zustand	Stoff nach CLP- VO	H- und R- Sätze	Inhaltstoffe bei Gemischen	WGK	Menge in der Anlage [kg/a] oder [l]	Mengenschwelle nwert- überschreitung	Einsatzort	Lagerort	Lagerart	Umgang des Stoffs in AwSV- Anlagen / Rauminhalt bei oberirdischen AwSV- Anlagen[l]	Mengenschwelle nwert- überschreitung Rauminhalt	Umgang des Stoffs außerhalb von AwSV- Anlagen	Relevanz des Stoffs für AZB	Begründung, sofern Stoff als nicht relevant für den AZB angesehen wird
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
1					<input type="checkbox"/>					<input type="checkbox"/>					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	



CEMEX Zement GmbH

Prüfung 03 des Erfordernisses einer Ergänzung zum Ausgangszustandsbericht (AZB)

zum

Antrag auf Genehmigung gemäß § 16 BImSchG

für das Projekt

**„Einsatz von Konverterschlacke als Zumahlstoff in der
Produktionslinie zur Herstellung von Zementklinkern
und Zementen als notwendiger Einsatzstoff“**

Antragsteller: CEMEX Zement GmbH
Frankfurter Chaussee
D-15562 Rüdersdorf

Verfasser: GfBU Consult
Gesellschaft für Umwelt- und
Managementberatung mbH
Mahlsdorfer Str. 61b
D-15366 Hoppegarten / OT Hönow

Bearbeiter: Dipl.-Ing. Stephan Zülicke

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Darstellung des Anlasses.....	4
2 Beschreibung der Anlagenänderung	6
2.1 Kurzbeschreibung der Anlagenänderung	6
2.1.1 Einsatz von Konverterschlacke als dekarbonisierter Einsatzstoff für die Rohmehlherstellung	6
3 Relevanzprüfung.....	10
4 Abgrenzung der Anlage.....	11
5 Fazit.....	12
6 Quellenverzeichnis.....	13

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Standort der CEMEX Zement GmbH in Rüdersdorf	7
Abbildung 2-2: Fließschema Konverterschlacke aRM	8
Abbildung 2-3: Fließschema Konverterschlacke RM8	9

1 Darstellung des Anlasses

Die CEMEX Zement GmbH (im Folgenden nur: CEMEX) hat für den Standort Rüdersdorf im Rahmen des Genehmigungsverfahrens mit der Reg-Nr. G03014 einen Ausgangszustandsbericht (AZB) gemäß § 10 Abs.1a BImSchG [1] i. V. m. § 4a Abs. 4 9. BImSchV [3], datiert auf den 26.11.2014, erstellt [2]. Dieser AZB wurde mit Datum vom 27.11.2014 durch die zuständige Prüfbehörde, dem heutigen Landesamt für Umwelt (LfU), Abteilung Wasserwirtschaft W1, Referat W15, bestätigt.

Auf der Grundlage des § 4a Absatz 4 Satz 5 der 9. BImSchV [3] ist bei einem Antrag für eine Änderungsgenehmigung zu überprüfen, ob im Zusammenhang mit der beantragten Änderung neue relevante gefährliche Stoffe verwendet, erzeugt oder freigesetzt werden oder wenn mit der Änderung erstmals relevante gefährliche Stoffe verwendet, erzeugt oder freigesetzt werden. Der bereits vorhandene Bericht über den Ausgangszustand ist dann hinsichtlich dieser relevanten gefährlichen Stoffe gegebenenfalls zu ergänzen.

Mit Bezug zum vorhandenen AZB vom 26.11.2014 war in 2019 im Zuge einer Änderungsgenehmigung nach § 16 BImSchG [1] im Zusammenhang mit dem Austausch des Mahlhilfsmittels in der Zementmühle die erste Prüfung auf ein Ergänzungserfordernis zum AZB [4] erforderlich. Mit Datum vom 01.04.2022 erfolgte die zweite Prüfung auf Ergänzungserfordernis im Zusammenhang mit dem Einsatz von (Abfall-) Sand als Zumahlstoff in der Produktionslinie zur Herstellung von Zementklinkern und Zementen. Auch hier war im Ergebnis keine Ergänzung zum AZB zu machen. [5]

Gegenwärtig macht ein neues Änderungsvorhaben der CEMEX eine Änderungsgenehmigung nach § 16 BImSchG [1] und somit die dritte Prüfung auf ein Ergänzungserfordernis zum AZB notwendig. Antragsgegenstand dieser Änderung ist, ähnlich des Sand-Einsatzes, auch die Lagerung von nicht gefährlichem Abfall, nunmehr Konverterschlacke mit der Abfallschlüsselnummer 10 02 02, in entsprechenden Lagerboxen in der Rohstofflagerhalle BE 1.2. Hierfür war bereits für den Einsatz des (Abfall-)Sandes eine Umwidmung der Betriebseinheit BE 1.2 Rohstofflagerhalle (Anlagennummer AN A001, Rohmühlen 4-8) in die Nr. 8.12.2 der 4.BImSchV zur Lagerung nicht gefährlicher Abfälle mit einer Gesamtlagerkapazität von über 100 t notwendig.

Die Prüfung des vorliegenden AZB auf das Erfordernis einer Ergänzung im Zuge des Antrages auf Änderungsgenehmigung nach § 16 BImSchG erfolgt auch auf der Grundlage der Arbeitshilfe der LABO/LAWA/LAI in der vollständig überarbeiteten Fassung vom 16.08.2018 [6], dem Teil A des Erlasses zur Erstellung und Prüfung eines Berichtes über den Ausgangszustand im Rahmen immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) des Landes Brandenburg [7] sowie der Hinweise des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Erstellung eines Ausgangszustandsberichts [8].

Die Zuständigkeiten für die Beurteilung des AZB, seiner Ergänzungen und Ergänzungsprüfungen im Land Brandenburg liegen nach dem Erlass des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MLUL)

vom 06.04.2017 [4] beim Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU), W 1, Referat W 15
- Altlasten, Bodenschutz, Grundwassergüte.

2 Beschreibung der Anlagenänderung

2.1 Kurzbeschreibung der Anlagenänderung

Die CEMEX Zement GmbH betreibt an ihrem Standort in Rüdersdorf bei Berlin eine Drehrohrofenanlage zum Herstellen von Zementklinkern. Die genehmigte Kapazität des Ofens beträgt 6.000 t/d. Bei der Anlage handelt es sich um eine genehmigungsbedürftige Anlage nach Anhang 1 Nr. 2.3.1 der 4. BImSchV [9], die damit unter den Anwendungsbereich der Industrieemissions-Richtlinie (Richtlinie 2010/75/EU) [7] (IED-Anlage) fällt. Da in der Ofenanlage zum Brennen des Zementklinkers als Brennstoff neben Kohlenstäuben auch aufbereitete heizwertreiche Abfallfraktionen eingesetzt werden, unterliegt die Anlage der Verordnung über die Verbrennung und Mitverbrennung von Abfällen (17. BImSchV [10]).

Das Zementwerk ist eine Anlage nach Artikel 10 in Verbindung mit Anhang 1 der IED-Richtlinie 2010/75/EU [11].

Zur Klinkerproduktion werden derzeit folgende genehmigten Brennstoffe eingesetzt: Braunkohlenstaub und eine Mischung aus Petrolkoks und Steinkohle (Ofenkohle), Tiermehl, Klärschlamm, Dachpappe und EBS (aufbereitete Hausmüll- und Gewerbeabfälle sowie DSD-Sortierreste) sowie ggf. auch (Abfall-)Sand. Während des Anfahrens wird darüber hinaus Erdgas eingesetzt.

Zur begrifflichen Abgrenzung gegenüber den fossilen Primärbrennstoffen Braunkohlestaub und Ofenkohle werden die Brennstoffe Tiermehl, Dachpappe, Klärschlamm und EBS im Folgenden zusammengefasst als Sekundärbrennstoffe (SBS) bezeichnet.

2.1.1 Einsatz von Konverterschlacke als dekarbonisierter Einsatzstoff für die Rohmehlherstellung

Für den Einsatz von jährlich 200.000 t Konverterschlacke als dekarbonisierter Einsatzstoff für die Rohmehlherstellung soll im Wesentlichen vorhandene Anlagentechnik Verwendung finden. Die Einbringung der gelieferten Konverterschlacke erfolgt in die Rohstofflagerhalle. Via LKW wird in Entladeboxen abgekippt und via Brückenkran und Greifer erfolgt die Materialverteilung in die Vorlageboxen oder Vorbunker. Jede Rohmühle hat separate Vorbunker mit einer Kapazität von je 150 Tonnen. Die Vorbunker sind mit Abzugs- und Dosiertechnik ausgestattet, sodass mit den Mühlenaufgabebändern eine dosierte Bestückung der Rohmühlen 4, 6 und 7 gewährleistet ist.

Die Rohmühlen mit Mittenaustrag werden als Kreislaufmahlung mit einer Fein- und Grobkammer betrieben. Nach Mittenaustrag wird das Material über eine Sicht- und Zyklonstufe separiert. Das Produkt (fertig gemahlene Konverterschlacke) wird abgeschieden und dem Produktabtransport zugegeben. Zu grobes Material wird der Mühle über die Feinkammer erneut aufgegeben, bis die erforderliche Feinheit erreicht ist und ebenfalls dem Produktabtransport zugegeben wird.

Bei Rohmühle 4 ist der Produktabtransport, bestehend aus Fließrinnen und Becherwerken, bis Becherwerk Z23138352 und nachgeschalteter Fließrinne vorhanden. Der

Anschluss und somit die Möglichkeit der Einlagerung der gemahlenen Konverterschlacke in Vorratssilo 4 (VS 4) erfolgt durch die Installation weiterer Stetigförderer. Diese werden, wie die vorhandenen Fließrinnen und Becherwerke, vollständig gekapselt und entstaubt. Für die Rohmühlen 6 und 7 soll einer neuer Produktabtransport errichtet werden. Die Einlagerung der gemahlenen Konverterschlacke erfolgt ebenfalls in Vorratssilo 4.

Der Transport von Vorratssilo 4 in den Rohmehltransport erfolgt pneumatisch. Dazu soll das vorhandene Siloaustragssystem modifiziert werden. Der Siloaustrag soll aus Absperrschieber, Knollenbrecher, Schnellschluss- und Dosierwalze bestehen, welche in einem Fließrinnensystem integriert sind. Über einen Dosierturm und eine Zellenrad-schleuse wird das Material der pneumatischen Förderung zugegeben. Vor dem Eintrag in den Rohmehltransport wird mit Hilfe eines Zyklonabscheiders und eines Schlauchfilters die Förderluft von der gemahlenen Konverterschlacke abgeschieden. Die gemahlene Konverterschlacke wird anschließend in einem verwogenen Dosierbunker zwischengepuffert und dosiert dem Rohmehltransport zugegeben.



Abbildung 2-1: Standort der CEMEX Zement GmbH in Rüdersdorf

Auf den beiden folgenden Seiten werden die Fließschemata zum vorgesehenen Einsatz der Konverterschlacke dargestellt (Abbildung 2-2: Fließschema Konverterschlacke aRM, Abbildung 2-3: Fließschema Konverterschlacke RM8).





3 Relevanzprüfung

Die Prüfung auf Ergänzung eines AZB gemäß § 4a Absatz 4 Satz 5 der 9. BImSchV [3] ist immer erforderlich, wenn mit der Änderung

- erstmals oder neue relevante gefährliche Stoffe verwendet, erzeugt oder freigesetzt werden oder/und
- die Erhöhung der Menge erstmals dazu führt, dass die Mengenschwelle zur Relevanz überschritten wird oder/und
- die Stoffe an anderer Stelle eingesetzt werden, als bisher dargestellt.

Die Erstellung des AZB und die Ergänzung des AZB dienen der Beweissicherung im Vorher-Nachher-Vergleich hinsichtlich Verunreinigungen von Boden und Grundwasser mit gefährlichen Stoffen bei vollständiger Einstellung der Tätigkeiten.

Die Vorgehensweise bei der Relevanzprüfung der verwendeten, erzeugten und freigesetzten Stoffe und Stoffgemische ist ausführlich in Kapitel 3 des bestätigten AZB vom 26.11.2014 dargelegt, die auch bei der AZB-Relevanzprüfung der mit dem aktuellen Antragsgegenstand zum Einsatz kommenden Stoffe angewandt wurde.

In der Anlage der CEMEX in Rüdersdorf soll nunmehr auch Konverterschlacke als ungefährlicher Abfall (AVV 10 02 02 unbearbeitete Schlacke) zum Einsatz kommen. Mit Bestätigung der Annahme von (Abfall-)Sand (Vgl. zweite Erfordernisprüfung auf AZB-Ergänzung [5]) wurde das Annahmespektrum zur BE 1.2 auf die Annahmemöglichkeit ungefährlicher Abfälle erweitert.

Die zum Einsatz kommende Konverterschlacke ist als Abfall (AVV 10 02 02 unbearbeitete Schlacke) deklariert. Abfall im Sinne der Richtlinie 2008/98/EG [10] gilt nicht als Stoff, Gemisch oder Erzeugnis im Sinne der CLP-Verordnung [12]. Damit fallen Abfälle nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 (CLP-Verordnung) [12], müssen nicht in das Einstufungs- und Kennzeichnungsverzeichnis übernommen werden und fallen damit aus der Betrachtung zum AZB heraus.

Somit ist im Zuge des aktuellen Genehmigungsantrages keine Ergänzung zum AZB zu erstellen.

An den bestehenden relevanten Lager- und Verwendungsorten, an denen laut AZB [2] mit relevanten gefährlichen Stoffen umgegangen wird, erfolgen mit dem Änderungsantrag keine Änderungen. Es werden mit dem Änderungsantrag keine relevanten gefährlichen Stoffe erstmals oder neu verwendet, erzeugt oder freigesetzt. Die Änderungen des Änderungsantrages führen nicht zur erstmaligen Erhöhung der Menge relevanter Stoffe, dass die Mengenschwelle zur Relevanz überschritten wird oder dazu, dass die relevanten gefährlichen Stoffe an anderen Stellen eingesetzt werden.

4 Abgrenzung der Anlage

Die CEMEX Zement GmbH (CEMEX) betreibt am Standort Frankfurter Chaussee in 15562 Rüdersdorf eine Anlage, die heute nach Nr. 2.3.1 des Anhanges der 4. BImSchV [9] unter den Anwendungsbereich der Industrieemissions-Richtlinie (Richtlinie 2010/75/EU) [11] fällt (IED-Anlage). Die Anlage Nr. 0001-A006 „Lagerung gefährlicher Abfälle für Ofenlinie (OL) 5 ist technologisch unmittelbar in die Anlage Nr. 001 „Zementwerk“ integriert und in der Argumentation um die räumliche Abgrenzung der IED-Anlage nicht trennbar.

Mit der Erstellung eines Ausgangszustandsberichtes (AZB) wurde gemäß § 10 Abs.1a BImSchG [1] i. V. m. § 4a Abs. 4 der 9. BImSchV [3] im Jahr 2014 der Ausgangszustand für Boden und Grundwasser ermittelt. [2]

Nach der Relevanzprüfung von 222 gefährlichen Stoffen aus der Gefahrstoffdatenbank der CEMEX waren zu 10 relevanten gefährlichen Stoffen (rgS) (Klinkermehl, Ammoniaklösung, Zementklinker, Eisen(II)-Sulfat, Zement, Kalkhydrat, Gips/Anhydrit, Calciumfluorid, Mahlhilfsmittel/Triethanolamin, Kalkhydrat) an 10 Lager- und Verwendungsorten (Klinkermehlsilos, SNCR-Anlage, Klinkerlager, Labor, Zementsiloanlage, Rohmahlung, Gipslager, Rohstofflagerhalle, Zementmühle/Zementmahlung, Wärmetauscher 1+2) die Beschaffenheit des Bodens und des Grundwassers am Anlagenstandort im AZB darzustellen. [2]

Für die Untersuchungen wurden 5 Indikatorparameter bestimmt, auf die die Boden- und Grundwasserproben analysiert wurden (Ammonium, Triethanolamin, Sulfat, Fluorid, pH-Wert). Als Ergebnis der Untersuchungen zu den Indikatorparametern wurden keine auffälligen Konzentrationen im Boden und Grundwasser hinsichtlich der relevanten gefährlichen Stoffe nachgewiesen. [2]

Nach bisherigen Prüfungen, vom 23.01.2019 [4] und vom 01.04.2022 [5], auf Ergänzungserfordernis des AZB vom 26.11.2014 [2] ergaben sich keine Ergänzungserfordernisse.

Die vom aktuellen Änderungsvorhaben betroffenen Anlagenteile, insbesondere die Rohstofflagerhalle, befinden sich im eher südlicheren Teil des Anlagengrundstücks zur IED-Anlage.

5 Fazit

Die CEMEX Zement GmbH plant für das Zementwerk den Einsatz von Konverterschlacke als ungefährlichen Abfall (AVV 10 02 02) als dekarbonisierter Einsatzstoff für die Rohmehlherstellung.

Nach Prüfung der Unterlagen und der Darstellungen des Antragstellers sind AZB-relevante Aspekte vom Antragsgegenstand nicht betroffen. Das betrifft die antragsgegenständlichen gefährlichen Stoffe ebenso wie die Handhabungsorte (Lager- und Verwendungsorte) relevanter gefährlicher Stoffe.

Im Ergebnis der Prüfung ist eine Ergänzung des AZB vom 26.11.2014 nicht erforderlich.

Ein Überwachungserfordernis gemäß Erlass des MLUK (ehem.: MLUL) vom 06.04.2017 ergibt sich nicht, da die Anforderungen nach B.2 dieses Erlasses nicht erfüllt sind. [7]

6 Quellenverzeichnis

- [1] BImSchG – Bundes-Immissionsschutzgesetz, Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelt-einwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge vom 17. Mai 2013 (BGBl. I Nr. 25 vom 27.05.2013 S. 1274) zuletzt geändert durch Artikel 1, Gesetz zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungs-Quote vom 24. September 2021 (BGBl. I Nr. 69 vom 29.09.2021 S. 4458)
- [2] Ausgangszustandsbericht (AZB) zum Antrag zur wesentlichen Änderung gemäß § 16 (1) BImSchG für das Projekt Umverlegung Bypass am Standort Rüdersdorf, GfBU-Consult GmbH, Hoppegarten, 26.11.2014
- [3] 9. BImSchV – Verordnung über das Genehmigungsverfahren, Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001) zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung zum Erlass einer Verordnung über zentrale Internetportale des Bundes und der Länder im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung, zur Änderung der Verordnung über das Genehmigungsverfahren und zur Änderung der Atom-rechtlichen Verfahrens-verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I Nr. 53 vom 23.11.2020 S. 2428)
- [4] Prüfung des Erfordernisses ergänzender Untersuchungen zur Ergänzung zum Ausgangszustandsbericht (AZB) zum Antrag auf Genehmigung gemäß § 16 BIm-SchG für das Projekt „Erhöhung der genehmigten Einsatzrate von Sekun-därbrennstoffen am Drehrohrofen 5 von 85 % auf bis zu 100 %“, GfBU-Consult GmbH, Hoppegarten, 23.01.2019
- [5] Prüfung 02 des Erfordernisses einer Ergänzung zum Ausgangszustandsbericht (AZB) zum Antrag auf Genehmigung gemäß § 16 BImSchG für das Projekt „Ein-satz von (Abfall-)Sand als Zuschlagstoff in der Produktionslinie zur Herstellung von Zementklinkern und Zementen als notwendiger Einsatzstoff“, GfBU-Consult GmbH, Hoppegarten, 01.04.2022
- [6] Arbeitshilfe zum Ausgangszustandsbericht für Boden und Grundwasser, Bund-/ Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) in Zusammenarbeit mit der Bund-/ Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) und der Bund-/ Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI), vollständig überarbeitete Fassung vom 16.08.2018
- [7] Erlass A. zur Erstellung und Prüfung eines Berichtes über den Ausgangszustand im Rahmen immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren sowie B. zur Fest-legung von Anforderungen an die Überwachung von Boden und Grundwas-ser hinsichtlich der in Anlagen verwendeten, erzeugten oder freigesetzten rele-vanten gefährlichen Stoffe, einschließlich der Zeiträume, in denen die Überwa-chung stattzufinden hat, Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Land-

wirtschaft (MLUL) des Landes Brandenburg, Gesch.Z.: MLUL-54-3810/2+2#41773/2017, Potsdam 06.04.2017

- [8] Hinweise zur Erstellung eines Ausgangszustandsberichts ... im Rahmen immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren im Land Brandenburg, LfU, Abteilung W 1, Referat W 15, Stand: 22.09.2016
- [9] 4. BImSchV - Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen, Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, vom 31. Mai 2017 (BGBl. I Nr. 33 vom 08.06.2017 S. 1440), zuletzt geändert durch Artikel 1, Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen vom 12. Januar 2021 (BGBl. I Nr. 2 vom 20.01.2021 S. 69)
- [10] 17. BImSchV - Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen, Siebzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, vom 02.05.2013 (BGBl. I Nr. 21 vom 02.05.2013 S. 1021), zuletzt geändert durch Punkt 3. der Berichtigung der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen, zur Änderung der Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen beim Umfüllen oder Lagern von Ottokraftstoffen, Kraftstoffgemischen oder Rohbenzin sowie zur Änderung der Verordnung zur Begrenzung der Kohlenwasserstoffemissionen bei der Betankung von Kraftfahrzeugen vom 07.10.2013 (BGBl. I Nr. 60 vom 09.10.2013 S. 3754), zuletzt geändert durch Artikel 2, Verordnung zur Neufassung der Verordnung über Großfeuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen und zur Änderung der Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen vom 6. Juli 2021 (BGBl. I Nr. 42 vom 14.07.2021 S. 2514)
- [11] Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) – IE-Richtlinie – (ABl. Nr. L 334 vom 17.12.2010 S. 17, ber. 2012 L 158 S. 25)
- [12] Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 - CLP- oder GHS-Verordnung -, zuletzt geändert durch Delegierte Verordnung (EU) 2021/1962 der Kommission vom 12. August 2021 zur Berichtigung von Anhang VI der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 400 vom 12.11.2021 S. 16)